

Wo sind all die grünen Jobs hin?

geschrieben von Andreas Demmig | 10. Juni 2026

: Hier bin ich auf einen älteren Artikel gestoßen, der über die Situation in Schottland berichtet. M.e. lesenswert, da er mit Sicherheit auch über Deutschland geschrieben worden sein könnte. – Der Übersetzer

Climate Scepticism, Mark Hodson

Weit, weit weg...

Eines der Probleme mit all den Versprechungen über neue „grüne“ Arbeitsplätze in der glänzenden neuen „Netto-Null“-Wirtschaft, die uns unsere Politiker versprechen (oder je nach Standpunkt drohen), ist, dass der massive Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere von Windparks, die nur wenige Arbeitsplätze geschaffen haben, während gleichzeitig unsere Natur massiv geschädigt wurde. Ein Nebeneffekt der hohen Energiepreise und der unzuverlässigen Energieversorgung ist, dass ein Großteil der britischen [und deutschen] Produktionskapazitäten in Länder mit niedrigeren Umweltstandards verlagert wurde. Die behauptete Reduzierung von Treibhausgasen durch diesen Weg ist daher, gelinde gesagt, fragwürdig, da die benötigten Güter oft in Ländern hergestellt werden, die auf Kohlekraftwerke zur Stromerzeugung angewiesen sind, und die Produkte dann über weite Strecken zurück nach Großbritannien transportiert werden müssen. Das ist mir schleierhaft. Und vielen anderen auch.

Gebrochene Versprechen und ins Ausland verlagerte Arbeitsplätze

Dieser Bericht [den Sie gerade lesen], habe ich 2019 im Auftrag des schottischen Gewerkschaftsbundes (STUC) zur Beschäftigung in der kohlenstoffarmen und erneuerbaren Energiewirtschaft (LCRE) erstellt. Nachdem der STUC zunächst die notwendige Anerkennung für die vermeintliche Notwendigkeit einer LCRE-Wirtschaft ausgesprochen hat (*„Der STUC setzt sich uneingeschränkt für den Aufbau einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und die Erreichung der Klimaziele ein“*), legt er anschließend vernichtende Informationen über die Diskrepanz zwischen den wiederholten Versprechen der schottischen Regierung hinsichtlich der Beschäftigung in diesem Bereich und der Realität vor:

Wir kritisieren jedoch das Versagen der Industriepolitik, sicherzustellen, dass Arbeitnehmer, Unternehmen und die Regierung in Schottland von Schottlands natürlichen Ressourcen profitieren. Ohne eine heimische industrielle Basis für die LCRE-Wirtschaft werden nicht nur die Arbeitnehmer in Schottland benachteiligt, sondern es ergeben sich auch gravierende Folgen in Bezug auf Steuern,

Transparenz, wirtschaftliche Teilhabe und die Erreichung der Klimaziele.

Der Bericht verweist auf zahlreiche Versprechen, die die schottische Regierung im Laufe der Jahre gegeben hat:

- *Nutzung des Meeresenergiepotenzials Schottlands (2004) – 7.000 direkte Arbeitsplätze in der maritimen Industrie bis 2020.*
- *Analyse der Wertschöpfungskette im Bereich erneuerbare Energien (2004) – 17.000-35.000 Arbeitsplätze bis 2020.*
- *Strategie für eine kohlenstoffarme Wirtschaft (2010) – jährliches Wachstum von 4 % auf 130.000 Arbeitsplätze bis 2020 (und 5 % der Gesamtbelegschaft). Von den 60.000 neuen Arbeitsplätzen, die zwischen 2010 und 2020 entstehen sollen, entfallen 26.000 auf erneuerbare Energien, 26.000 auf kohlenstoffarme Technologien und 8.000 auf Umweltmanagement.*
- *Fahrplan für erneuerbare Energien in Schottland 2020 (2011) – 40.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien bis 2020.*
- *Schottlands Energiestrategie (2017) – 4.000 Arbeitsplätze pro Jahr in Energieeffizienzprogrammen.*

Der Bericht untersucht die bis dahin vom Office for National Statistics (ONS) bereitgestellten Informationen. Die bemerkenswerte Tatsache war, dass die Beschäftigung in der LCRE-Wirtschaft im vom STUC-Bericht abgedeckten Zeitraum zurückging und die Zahlen weit von den in den verschiedenen Plänen, Berichten und Versprechen der vergangenen Jahre suggerierten Werten entfernt waren:

Obwohl die Qualität der Schätzungen problematisch ist, gehen die im Januar 2019 veröffentlichten Zahlen von 21.400 direkten Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalenten, VZÄ) in der schottischen Wirtschaft im Jahr 2017 aus. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber 23.900 im Vorjahr. Das ONS schätzt zudem weitere 25.000 indirekte Arbeitsplätze für 2017, wodurch sich die Gesamtzahl der direkten und indirekten Arbeitsplätze in Schottland auf 46.400 erhöht. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber 50.500 im Jahr 2016, liegt aber leicht über dem Wert von 45.800 im Jahr 2015.

Die Gründe hierfür lagen auf der Hand. Das Fehlen einer inländischen Lieferkette und Produktionsbasis führt dazu, dass die Importe in diesen Bereichen die Exporte übersteigen. Benötigte Güter und Dienstleistungen werden daher im Ausland statt in Großbritannien produziert, was zu Lasten britischer Arbeitsplätze geht. Die Handelsbilanz verschlechterte sich in diesem Bereich. Der STUC-Bericht führte zahlreiche Beispiele an, darunter:

Windpark Moray East

Vor der Küste von Caithness errichtet ein Konsortium aus Portugals größtem Energiekonzern EDPR, dem französischen Energieversorger Engie und Diamond Generating Europe, einer Tochtergesellschaft des

japanischen Mitsubishi-Konzerns, 100 Windkraftanlagen. Die Rotorblätter werden vom dänischen Unternehmen MHI Vestas Offshore Wind – einem Joint Venture von Vestas Wind Systems und Mitsubishi Heavy Industries – gefertigt. MHI Vestas betreibt ein Werk auf der Isle of Wight mit 300 Mitarbeitern. Unter der vorherigen Eigentümerschaft von Vestas wurde das Werk auf der Isle of Wight 2009 geschlossen, was zum Verlust von 425 Arbeitsplätzen und einer 18-tägigen Blockade durch Arbeiter und Aktivisten führte. Die Montage der Windkraftanlagenfundamente übernimmt das belgische Beschaffungsunternehmen Deme. Deme vergab den Auftrag für 45 Fundamente an Lamprell, ein Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Lamprell verbuchte bei seinem Vertrag über 60 Jackets für Scottish Power Renewables, den Entwickler des Windparks East Anglia One, einen Verlust von 98 Millionen Dollar, was darauf hindeutet, dass das Unternehmen keine besonders gute Erfolgsbilanz im Bereich der Jackets für Windkraftanlagen vorweisen kann.

- **Kapazitätsfaktor:** Da der Wind auf dem Meer nicht permanent mit voller Stärke bläst, läuft die Anlage im Jahresdurchschnitt mit einer effektiven Auslastung (Kapazitätsfaktor) von rund **43 bis 48 %** ihrer theoretischen Maximalkapazität (950 MW). [Google 09.06.2026]
- **Webseite The Wind Power**
https://www.thewindpower.net/windfarm_de_16772_moray-east.php

Es wurden zahlreiche weitere ähnliche Beispiele angeführt:

Kinkardineshire Offshore Wind Limited

– ein spanisches Joint Venture; Beatrice Offshore Windfarm Limited – ein Joint Venture zwischen Dänen und der europäischen Tochtergesellschaft eines chinesischen Unternehmens, bei dem angeblich Wanderarbeiter unter dem Mindestlohn bezahlt werden und das vom Innenministerium Sondergenehmigungen für die Beschäftigung russischer und indonesischer Arbeiter erteilt hat; Afton Windfarm, bei dem es laut STUC zu Problemen mit Gesundheit und Sicherheit kommt und das (zum Zeitpunkt des Berichts, nach mehreren Eigentümerwechseln) der europäischen Tochtergesellschaft eines chinesischen Unternehmens gehört, wobei die Turbinen in Spanien hergestellt wurden; Probleme bei der Stilllegung von Ölplattformen, die zu diesem Zweck mit chinesischen Schiffen nach Bangladesch transportiert werden.

Die Schlussfolgerung des STUC war eindeutig:

Die obigen Beispiele verdeutlichen die deutliche Überabhängigkeit der LCRE-Wirtschaft von ausländischen Finanzinteressen. Sie zeigen auch, dass die geschaffenen Arbeitsplätze im Bereich kohlenstoffarmer Technologien allzu oft von geringer Qualität und nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Dies deckt sich mit wissenschaftlichen Studien, die belegen, dass grüne Arbeitsplätze

besonders unsicher und anfällig für Marktschwankungen sind.

Der gesamte Bericht ist lesenswert, da er eine Zusammenfassung der vielen Missstände in diesem Bereich bietet. Die Schlussfolgerungen sind zitierwürdig:

Frühere Prognosen zur Beschäftigungslage in der schottischen Wirtschaft haben den versprochenen Jobboom nicht eingebracht. Diese Wirtschaft ist geprägt von ausländischen Finanzinteressen, einer schwachen industriellen Basis und prekären Arbeitsverhältnissen. Dies ist ein Versagen der Industriepolitik, das dazu führt, dass Arbeitnehmer, Unternehmen und die schottische Regierung nicht von Schottlands natürlichen Ressourcen profitieren. Dies hat schwerwiegende Folgen nicht nur für die Beschäftigung, sondern auch für Steuereinnahmen, Transparenz und wirtschaftliche Demokratie.

Am 17. April 2019 reagierte die Gewerkschaft GMB auf den STUC-Bericht. Die Stellungnahme ist weiterhin auf der Website der Gewerkschaft abrufbar

Der Bericht untermauert unsere seit Langem vertretene Ansicht zur Realität der Beschäftigung im Bereich der erneuerbaren Energien und zu den Herausforderungen des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Letztendlich zeigt er, was passiert, wenn Politiker zwar predigen, aber nicht planen.

BiFab ist ein gutes Beispiel dafür. Trotz aller Reden von einer Revolution grüner Arbeitsplätze stehen die Fertigungshallen in Burntisland und Methil leer.

Die Herstellung von 100 Turbinenfundamenten und fünf schwimmenden Plattformen für die Projekte Moray East und Kincardine wird nicht in Fife, sondern in Belgien, im Nordosten Englands [hurra!], in Spanien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten erfolgen; dies ist das Ergebnis davon, dass unsere Branche von europäischen, staatlich subventionierten Energieunternehmen, fernöstlichen Finanzinstitutionen und nahöstlichen Staatsfonds sowie deren bevorzugten Lieferkettenpartnern kontrolliert wird.

So sieht langfristiges politisches Versagen aus, und der Preis dafür ist der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen und Milliarden Pfund an Wohlstand für die schottische Wirtschaft, wodurch die Hoffnung der Arbeiterklasse in wirtschaftlich benachteiligten Regionen wie Fife zunichte gemacht wird.

Schottlands Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Mehr als zwei Jahre später hätte man erwarten können, dass britische Politiker (und insbesondere jene in Schottland, die scheinbar die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland vorantreiben) aus all dem gelernt hätten. Sicherlich hätte die schottische Regierung bei der

Mammutaufgabe des Aufbaus der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge den Auftrag an ein schottisches oder zumindest an ein in Großbritannien ansässiges Unternehmen vergeben? Weit gefehlt. Am 4. März 2021 verkündete die Website der schottischen Regierung stolz, dass SWARCO eVolt den Auftrag als „Backoffice-Betreiber, der den Zugang zu über 1600 öffentlich zugänglichen Ladepunkten in ganz Schottland ermöglicht“ übernehme. Im PR-Gerede wurde verschwiegen, dass es sich um ein österreichisches Unternehmen handelt. Und von PR war hier wirklich keine Rede.

Nach einem reibungslosen Übergang liegt der Fokus nun darauf, den Ruf von ChargePlace Scotland hinsichtlich Zuverlässigkeit und Zugänglichkeit für Fahrer von Elektrofahrzeugen im ganzen Land weiter zu verbessern. Der neue Vertrag wird neue Arbeitsplätze in Schottland schaffen, den Kundenservice verbessern und Nutzern, Besitzern und Betreibern bessere Leistungsdaten liefern.

Es ist also eine ziemliche Ironie, dass die neuen Regelungen offenbar Chaos verursacht haben, wie der Courier berichtet:

Massive Probleme in einem Servicezentrum in Dundee haben das 45 Millionen Pfund teure Ladenetz für Elektrofahrzeuge in Schottland lahmgelegt.

Nun ja, egal, der Bericht besagt auch, dass

Der österreichische multinationale Konzern hat bereits einen Großteil der Ladeinfrastruktur in Schottland geliefert und installiert. Dadurch entstanden [Trommelwirbel...] 18 hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Stadt.

Zwei Jahre später

Sicherlich hätte sich die Situation bis 2021 verbessert haben müssen? Keineswegs, wie Magnus Linklater in der Times^v deutlich macht.

Wie sieht beispielsweise die Prognose für Arbeitsplätze aus? Die SNP hatte einst 130.000 grüne Arbeitsplätze bis 2020 versprochen. Tatsächlich gibt es, wie Sir Keir Starmer bei seinem jüngsten Besuch in Schottland etwas unbequem feststellte, heute weniger direkte Arbeitsplätze in der Branche als 2014; weniger als ein Fünftel der prognostizierten Gesamtzahl wurde geschaffen. Windparks sind nach ihrer Fertigstellung keine großen Arbeitgeber. Selbst die Bauphase bietet nur begrenztes Potenzial. Es gibt keinen großen britischen Hersteller von Windkraftanlagen, und ein Großteil der Arbeit wird an günstigere Werke in Südostasien vergeben. Die meisten großen Offshore-Projekte befinden sich in ausländischem Besitz, wie beispielsweise der riesige Windpark Neart na Gaoithe vor der Küste von Fife, der von EDF Renewables, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft eines Pariser Konzerns, betrieben wird.

Es ist sinnlos, so zu tun, als würden die in der Nordsee-Öl- und Gasindustrie verlorenen Arbeitsplätze bald durch Beschäftigung im Bereich der erneuerbaren Energien kompensiert werden.

Was genau sagte Sir Keir während seines Besuchs in Schottland zu diesem Thema? Es gibt zahlreiche Berichte, aber dieser von Daily Business ^{vi} ist genauso gut wie jeder andere:

Der Labour-Vorsitzende Keir Starmer sagt, Großbritannien versäume es, eine grüne Wirtschaft aufzubauen, da in den letzten fünf Jahren mehr als 75.000 Arbeitsplätze in diesem Sektor verloren gegangen seien.

Sir Keir wirft der britischen Regierung „gebrochene Versprechen“ und der schottischen Regierung „Rückschritte“ vor.

Bei einem Besuch in Schottland sagte er, die schottische Nationalpartei habe ihr Versprechen gebrochen, bis 2020 130.000 grüne Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Zahlen zeigen, dass die Fortschritte bei grünen Arbeitsplätzen in Schottland rückläufig sind. Es gibt heute weniger direkte Arbeitsplätze als im Jahr 2014; sie machen nur ein Fünftel der von der SNP versprochenen grünen Arbeitsplätze aus, sagte er.

Die Zahlen belegen einen Verlust von 33.800 direkten Arbeitsplätzen und weiteren 41.400 Arbeitsplätzen in der Lieferkette für kohlenstoffarme und erneuerbare Energiesektoren zwischen 2014 und 2019. Dies umfasst Tausende von verlorenen Arbeitsplätzen in den Bereichen Solarenergie, Onshore-Windkraft, erneuerbarer Strom und Bioenergie sowie einen massiven Rückgang der Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz.

Langsam dämmert es ihm.

Am 4. September 2021 erschien in der Schwesterzeitung des Guardian, dem Observer, ein Artikel mit dem Titel „Vom Winde verweht: Warum britische Firmen den Offshore-Boom verpassen könnten“ ^{vii}

Mir war die Branchenzusage, die offenbar als Gegenleistung für Steuergelder abgegeben wurde, nicht bekannt. Sie hilft zumindest (sofern sie eingehalten wird), aber ganz offensichtlich reicht sie bei Weitem nicht aus:

„Eine entscheidende Branchenverpflichtung, die im Gegenzug für staatliche Subventionen eingegangen wurde, ist das Versprechen, für mindestens 60 % jedes Windparks in Großbritannien hergestellte Komponenten zu verwenden. Dies wäre zwar eine Verbesserung gegenüber dem aktuellen Trend, bei dem weniger als die Hälfte der Offshore-Windparks mit britischen Bauteilen gebaut wurden, doch einige meinen, dass mehr getan werden müsse, um eine heimische Lieferkette

aufzubauen und im globalen Wettlauf um erneuerbare Energien nicht ins Hintertreffen zu geraten.“

Die GMB hat wieder einmal den Finger am Puls der Zeit und ist sich der Realitäten in diesem Bereich sehr wohl bewusst, die den Politikern, grünen Träumern und Umweltaktivisten scheinbar entgehen:

Die Branche wird von europäischen Energiegiganten dominiert. Zu diesen großen Projektentwicklern, die in den Bau von Windparks investieren und dafür Subventionen erhalten, gehören das dänische Unternehmen Ørsted, der norwegische Staatskonzern Equinor und Scottish Power, eine Tochtergesellschaft des spanischen Erneuerbare-Energien-Riesen Iberdrola. SSE ist eines der wenigen Unternehmen, deren Windkraftanlagen in britischen Gewässern laufen und das an der Londoner Börse notiert ist.

Die Unternehmen entlang der Lieferkette – Hersteller von Rotorblättern, Fundamenten und Hochspannungskabeln – sind häufig ausländisch. Neben dem dänischen Unternehmen Vestas zählen zu den britischen Rotorblattherstellern auch der deutsche Konzern Siemens und der US-amerikanische Mischkonzern GE.

Die Gewerkschaft GMB warnte davor, dass Großbritannien Gefahr läuft, einen großen wirtschaftlichen Vorteil zu verspielen, indem es zulässt, dass viele Komponenten seiner Offshore-Windparks in den Fabriken und Stahlwerken Asiens hergestellt werden.

Die für die Herstellung der 8.000 Windkraftanlagenfundamente benötigten Stahlkonstruktionen zur Erreichung der britischen Klimaziele könnten laut Gewerkschaft in den nächsten 30 Jahren 30.000 Arbeitsplätze schaffen. Dafür wären 20 Millionen Tonnen Stahl erforderlich, deren Produktion in Großbritannien wiederum weitere 8.000 Arbeitsplätze sichern könnte.

„So wie es aussieht, werden diese Stahlbau-Arbeitsplätze nach Asien verlagert, und die einzige Rolle für britische Arbeitnehmer besteht darin, sie zu bezahlen“, sagt Gary Smith, Generalsekretär der Gewerkschaft GMB. „Das ist sowohl unnötig als auch politisch inakzeptabel.“ Er fügt hinzu, dass sich die Unternehmen der Stahlzulieferkette „sehr bewusst sind, wie weit Großbritannien im Vergleich zu anderen Ländern bei der Entwicklung der für die Branche notwendigen Technologien und Investitionen hinterherhinkt“.

Und dennoch leisten Aktivisten weiterhin Widerstand gegen das geplante Kokskohlebergwerk in Cumbria. Bei der öffentlichen Anhörung dieser Woche unternehmen ebendiese Politiker, grünen Träumer und Umweltschützer einen konzertierten Versuch, sicherzustellen, dass nicht nur 500 Arbeitsplätze im Kohlebergbau in einer Region mit Armut und hoher Arbeitslosigkeit unter keinen Umständen genehmigt werden, wenn sie sich durchsetzen, sondern dass auch die damit verbundenen Arbeitsplätze in der Stahlindustrie in einer Situation, in der alle verlieren, exportiert

werden.

Das jüngste Debakel

Und dennoch scheinen wir in Großbritannien nicht in der Lage zu sein, „grüne“ Arbeitsplätze zu schaffen oder auch nur die bestehenden zu erhalten, obwohl diese offenbar nur dank Steuergeldern subventioniert werden. Heute meldet die BBC: *„Windkraftanlagenfabrik in Campbeltown schließt endgültig“*.

Was steckt also dahinter? Die Turbinenfabrik in Cambeltown auf der Halbinsel Kintyre ist die älteste ihrer Art in Großbritannien, blickt aber auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Laut einem Bericht der BBC geriet sie 2011 in Insolvenz, wurde gerettet und 2016 an ein südkoreanisches Unternehmen (CS Wind) verkauft. 2019 wurde jedoch der Großteil der Belegschaft entlassen, und nun folgen die übrigen Mitarbeiter. Die Insolvenzverwalter begründen dies mit *„sich verschlechternden Marktbedingungen“*. BBC-Journalist Douglas Fraser merkt jedoch an: *„Die Marktbedingungen für Windenergie waren noch nie so gut.“*

Ich überlasse das letzte Wort zu diesem Debakel Pat Rafferty, dem schottischen Sekretär der Gewerkschaft Unite, der sagte:

Die schottische Regierung lehnte sich zurück und sah tatenlos zu, wie das Unternehmen Konkurs anmeldete.

„Es ist höchste Zeit, dass sie akzeptieren, dass unter ihrer Verantwortung, seit nunmehr über einem Jahrzehnt, nur sehr wenige Arbeitsplätze im Bereich der grünen und kohlenstoffarmen Produktion direkt in Schottland geschaffen wurden“, sagte er.

Stopp-Taste

Ich habe gerade einige grüne Jobs entdeckt. Sie sind in einem weiteren Online-Bericht der BBC versteckt:

Einem Unternehmen aus Glasgow wurde eine Geldstrafe von 150.000 Pfund auferlegt, weil es mehr als eine halbe Million unerwünschter Werbeanrufe getätigt hatte.

Das Information Commissioner's Office (ICO) stellte fest, dass DialADeal Scotland Ltd (DDSL) zwischen August 2019 und März 2020 unerwünschte Anrufe getätigt hatte.

Es ging um nicht existierende Energiesparprogramme im Rahmen des Green Deals, darunter der Austausch von Heizkesseln und Fenstern, die Dämmung von Dachböden und Zuschüsse für Hausrenovierungen.

„Anrufe im Zusammenhang mit Green-Deal-Programmen können ein echtes Problem darstellen, da viele Menschen diese für legitim halten. Dank

der Beschwerden aus der Bevölkerung konnten wir jedoch Maßnahmen ergreifen.“

Abschluss

Ich lasse noch einmal Pat Rafferty von der Unite Union in Schottland die Dinge so schildern, wie sie sind:

„Es gibt keine Jobrevolution – das ist ein Mythos.“

<https://cliscep.com/2021/09/08/where-did-all-the-green-jobs-go/>